



## AMNESTY INTERNATIONAL - ÖFFENTLICHE ERKLÄRUNG

15. April 2024 | Indexnr. AMR 53/7949/2024

## VENEZUELA: ALARMIERENDE ESKALATION BEI DER VERFOLGUNG KRITISCHER STIMMEN UND DISSIDENT\*INNEN

Vor dem Hintergrund der für den 28. Juli 2024 angesetzten Präsidentschaftswahlen in Venezuela schließt sich Amnesty International den Stimmen an, die eine Ausweitung der repressiven Politik der Regierung von Nicolás Maduro anprangern.

Seit Beginn des Jahres 2024 kam es zu zahlreichen Angriffen gegen die Zivilgesellschaft und vermeintliche Gegner\*innen; Gesetzesentwürfe, die die Vereinigungs- und Meinungsfreiheit bedrohen; willkürliche Verhaftungen, missbräuchliche Anwendung des Strafrechts, Verstöße gegen die Garantien eines ordnungsgemäßen und eines fairen Verfahrens; außerdem stigmatisierende Kampagnen wie etwa die Offenlegung von Schuldgeständnissen während der Haft, die ohne Schutzmechanismen und möglicherweise durch Folter erlangt wurden.

In der im März 2024 vorgelegten Aktualisierung zur „Fact Finding Mission“ (Misión internacional independiente de determinación de los hechos sobre la República Bolivariana de Venezuela - MIIDH) der Vereinten Nationen heißt es, dass sich Venezuela derzeit in „einer Phase der Reaktivierung der gewalttätigsten Form der Unterdrückung durch die Behörden“ befinde. Man beobachtet eine Wiederholung der gleichen Muster von Menschenrechtsverletzungen gegenüber Gegner\*innen oder denen, die als solche wahrgenommen werden, zu der auch Menschenrechtsverteidiger\*innen gehören, die es wagen, Regierungsentscheidungen oder -richtlinien zu kritisieren, anzuprangern oder dagegen zu protestieren.

Neben der bekannten Menschenrechtsverteidigerin **Rocío San Miguel**, die im Februar willkürlich festgenommen wurde und gegen die Anklage wegen Terrorismus erhoben wurde, gehört die Mehrheit der Privatpersonen, die willkürlich inhaftiert wurden, zum Wahlkampfteam von María Corina Machado, Oppositionsführerin der Partei „Vente Venezuela“, die als Kandidatin der Demokratischen Einheitsplattform (PUD) durch einen Vorwahlprozess der Opposition im Jahr 2023 gewählt wurde und dann von der Übernahme ihres öffentlichen Amtes ausgeschlossen wurde, ohne von ihrem Verteidigungsrecht Gebrauch machen zu können.

Die Wahlbeobachtungsmission der Europäischen Union hat die Praxis des administrativen Ausschlusses von Mitgliedern der Opposition bereits vor den Gouverneurswahlen 2021 angeprangert, als die Oberste Rechnungsprüfungsbehörde der Republik mittels dieses administrativen Ausschlusses 27 Personen aus der politischen Opposition, die daran interessiert waren, ihre Kandidaturen vorzulegen, disqualifizierte. Im Juni 2023 gaben die Behörden jedoch die Disqualifizierung von María Corina Machado bekannt, was vor kurzem vom Obersten Gerichtshof bestätigt wurde, der bei zahlreichen Gelegenheiten wegen mangelnder Unabhängigkeit zur Exekutive und zu der Partei der Regierung von Nicolás Maduro kritisiert wurde.

## VERHAFTUNGEN VON AKTIVIST\*INNEN DER PARTEI VENTE VENEZUELA

Drei regionale Anführer der oppositionellen Präsidentschaftskampagne von María Corina Machado für „Vente Venezuela“ wurden am 23. Januar 2024 ohne Gerichtsbeschluss festgenommen: **Guillermo López**, Koordinator von „Vente Venezuela“ im Bundesstaat Trujillo, **Luis Camacaro**, Koordinator von „Vente Venezuela“ im Bundesstaat Yaracuy und **Juan Freites**, Koordinator von „Vente Venezuela“ im Bundesstaat Vargas. Die drei Männer befinden sich seitdem im Internierungslager El Helicoide des bolivarianischen Geheimdienstes SEBIN in der Hauptstadt Caracas in Haft. Ihrem Rechtsbeistand zufolge erfüllen die Festnahmen die Voraussetzungen eines gewaltsamen Verschwindenlassens, da ihre Familien und Anwälte wiederholt Informationen über sie angefordert hatten und die Behörden Angaben zum Aufenthaltsort verweigerten. Zuverlässige Informationen über ihren Aufenthaltsort erhielt man erst 27 Tage nach der Verhaftung. Ebenso fand die Anhörung erst nach 28 Tagen Freiheitsentzug statt, obwohl die gesetzliche Frist auf 48 Stunden nach der Festnahme festgelegt ist.

Bei dieser Anhörung wurde ihnen ein Pflichtverteidiger gestellt, der die Anwälte ihres Vertrauens daran hinderte, ihre Verteidigung auszuüben und sie mit den Anklagen wegen Terrorismus konfrontierte.

Danach wurde **Emill Brandt Ulloa**, ebenfalls regionaler Kampagnenmanager von „Vente Venezuela“ im Bundesstaat Barinas, am 8. März ohne Gerichtsbeschluss festgenommen.

Am 9. März gab das Staatsministerium bekannt, dass er wegen Teilnahme an einer „Schlägerei, einer gewalttätigen Straßenaktion“ am 15. Januar in Barinas verhaftet worden sei, bei der er angeblich vier Polizisten und Militärs geschlagen hatte. Aufgrund dieser angeblichen Vorkommnisse wurde ein Haftbefehl gegen ihn erlassen.

Nach seiner Festnahme behaupteten die Behörden, dass **Emill Brandt Ulloa** die angebliche Existenz und Beteiligung eines zivil-militärischen Destabilisierungsplans gestanden habe, an dem unter anderem **Dignora Hernández, Magallí Meda, Fernando Martínez Mótola, Antonio Ledezma, Henry Alviarez und Julio Borges** beteiligt gewesen seien.

Der Rechtsbeistand von Emill Brandt hat Zweifel an diesem Video angemeldet, das durchgesickert und von den Medien verbreitet wurde. Amnesty International verfügt über Hinweise, die darauf hindeuten, dass dieses Geständnis während der Zeit erlangt wurde, in der er im Rahmen seines gewaltsamen Verschwindenlassens ohne Kontakt zur Außenwelt festgehalten wurde und daher keinen Zugang zu seinem Rechtsbeistand hatte, was das Risiko, dass das Geständnis durch Folter oder andere Misshandlungen erlangt wurde, stark erhöhen würde.

Ebenso wurde **Joe Villamizar**, politischer Koordinator von „Vente Venezuela“ in der Gemeinde Girardot im Bundesstaat Aragua am 18. März von einem unbekanntem Fahrzeug abgefangen und an das SEBIN-Staatskommando übergeben.

Informationen zufolge wurde er am 20. März vor Gericht gestellt und wegen Besitzes eines Sprengsatzes und Widerstands gegen die Staatsgewalt angeklagt. Das Kontrollgericht erließ Ersatzmaßnahmen zum Freiheitsentzug und dennoch wurde er erst acht Tage später freigelassen. Seine Verteidigung hat darauf hingewiesen, dass er während der Zeit des Freiheitsentzugs Misshandlungen erlitten habe, um ihn dazu zu bringen, ein Video aufzunehmen, in dem er andere Parteimitglieder verschiedener Straftaten beschuldigte.

Später am 20. März, wurden **Dignora Hernández**, politische Sekretärin von „Vente Venezuela“ und Mitglied des Kampagnenteams von María Corina Machado und **Henry Alviarez**, Organisationskoordinator derselben Partei, verhaftet. Ihrer Verteidigung zufolge werden beide in El Helicoide festgehalten. Nach Angaben des Staatsministeriums ermöglichte das angebliche „Geständnis“ von Emill Brandt Ulloa die Festnahme dieser beiden Oppositionsführer sowie den Erlass von Haftbefehlen gegen mindestens sieben weitere Personen, alle mit Bezug zu „Vente Venezuela“: **Pedro Urruchurtu, Omar González, Humberto Villalobos, Claudia Macero, Fernando Martínez Mótola und Magallí Meda**. Sechs von ihnen sind in die argentinische Botschaft in Caracas geflüchtet.

Der unmittelbare Vorläufer dieser Festnahmen war die willkürliche Inhaftierung der Menschenrechtsverteidigerin Rocío San Miguel und die Ausweisung durch die Behörden der OHCHR-Mitarbeiter, die technische Hilfe vor Ort erbrachten.

## ZUR DISKUSSION STEHENDE GESETZENTWÜRFE ZUR SCHLIESSUNG DES ZIVILGESELLSCHAFTLICHEN RAUMS

Angesichts dieses alarmierenden Höhepunkts der Repressionspolitik der Regierung bekräftigt Amnesty International ihre Besorgnis über mehrere Gesetze, die sich im Gesetzgebungsverfahren befinden und deren Absicht es ist, der politischen Verfolgung den Anschein von Rechtmäßigkeit zu verleihen und diejenigen anzugreifen, die die Menschenrechte verteidigen.

Einerseits bestehen, wie die Organisation bereits bei früheren Gelegenheiten zum Ausdruck gebracht hat, Bedenken gegen das Gesetz zur Kontrolle, Regulierung, Leistung und Finanzierung von Nichtregierungsorganisationen und verwandten Organisationen, das strenge Kontrollen vorschreiben würde, einschließlich der Vorlage von Listen der Mitglieder und Mitarbeiter und ihrer Vermögenswerte, von Spenderlisten und der Registrierung von Finanzbewegungen.

Die Nichteinhaltung dieser Registrierungsanforderungen könnte zur Schließung zivilgesellschaftlicher Organisationen und möglicherweise zu strafrechtlicher Verfolgung führen. Die Nationalversammlung hat den Bericht zur zweiten Beratung des Gesetzes mit dem Ergebnis der öffentlichen Konsultation nicht veröffentlicht, der anscheinend mögliche Änderungen enthält, die die meisten der regressiven Maßnahmen und Normen gegen das Vereinigungsrecht, die im aktuellen Entwurf vorgesehen sind, verwerfen. Besorgniserregend ist außerdem das Gesetz zur internationalen Zusammenarbeit, das sich ebenfalls im Gesetzgebungsprozess befindet und was neue Hindernisse für die Arbeit von Menschenrechtsverteidiger\*innen mit sich bringen würde.

Hinzu kommt das geplante Gesetz gegen Faschismus, Neofaschismus und ähnliche Ausprägungen, das am 2. April in der Ersten Lesung besprochen wurde. Dieses gibt vor, insbesondere Personen zu bestrafen, die die Proteste von 2014, 2017 und 2019 angeführt haben, sowie Mitglieder der größten Opposition, die der Nationalversammlung 2015 angehörten, sowie andere Personen, die als Gegner der Regierung von Nicolás Maduro wahrgenommen werden.

Dieses Gesetzesvorhaben definiert Faschismus sehr weit und äußerst zweideutig und betrachtet unter anderem als Faschismus allgemeine Ausdrücke von „Rassismus, Chauvinismus, Klassismus, moralischem Konservatismus, Neoliberalismus, Frauenfeindlichkeit, sowie jede Art von Phobie gegenüber Menschen“. Amnesty International ist der Ansicht, dass die Definition im Gesetz extrem vage und weit gefasst ist, was im Widerspruch zu internationalen Menschenrechtsstandards steht. Darüber hinaus ist die Organisation besorgt darüber, dass das Hauptziel dieses Gesetzes darin besteht, die politische Opposition und Menschenrechtsverteidiger\*innen einzuschüchtern und nicht der Verletzung von Menschenrechten und Hassreden entgegenzuwirken, welche nach internationalem Recht verboten sind, da gemäß der Definition in diesem Gesetzentwurf jede Aktion eines Dissidenten als faschistisch oder neofaschistisch angesehen werden könnte.

Darüber hinaus enthält der Gesetzentwurf Abschnitte, die ausdrücklich darauf abzielen, die Meinungs- und Informationsfreiheit, das Recht auf friedliche Versammlung und Vereinigung sowie das Recht auf Verteidigung der Menschenrechte einzuschränken, und fördert den Ausschluss von Personen, die als Gegner wahrgenommen werden, aus öffentlichen Ämtern.

Der Gesetzentwurf sieht Gefängnisstrafen vor, allein für die Ausübung des Rechts auf freie Meinungsäußerung und Vereinigungsfreiheit. Konkret sieht es eine Gefängnisstrafe von acht bis zwölf Jahren für diejenigen vor, die „die Demokratie, ihre Institutionen und die republikanischen Werte verunglimpfen“. oder „die Abschaffung der Rechte und Garantien (...) befürworten“, sowie Strafen von sechs bis zehn Jahren Gefängnis für jene, die „die Gründung von Organisationen fördern, die den Faschismus verherrlichen, verteidigen oder auf ihm, Neofaschismus und ähnlichen Ausprägungen basieren“ und für Personen, die „öffentliche Versammlungen oder Demonstrationen mit dem Ziel einberufen oder organisieren, den Faschismus, Neofaschismus und ähnliche Ausdrucksformen zu fördern oder zu befürworten.“

Das Gesetz würde dem Staatsministerium neue Befugnisse zur Verfolgung solcher Taten verleihen, wiederum mit der Absicht, politische Verfolgung und die Repressionspolitik der Regierung durch die missbräuchliche Anwendung des Strafrechts zu verschleiern und diesen Maßnahmen Rechtmäßigkeit zu verleihen.

## **SCHLUSSFOLGERUNGEN UND EMPFEHLUNGEN**

Seit Jahresbeginn und angesichts der nächsten Präsidentschaftswahlen, die für den 28. Juli 2024 angesetzt sind, hat die Regierung Nicolás Maduro seine Repressionspolitik gegen verschiedene Formen der Dissidenz verschärft, einerseits durch Bestrafung all derjenigen, die Teil von „Vente Venezuela“, einer Oppositionspartei und Teil der Koalition der Einheitsplattform, sind, sowie durch Ankündigung gesetzgeberischer Maßnahmen, die auf die Verfolgung von Menschen abzielen, die als Gegner wahrgenommen werden, wie das vorgeschlagene Gesetz gegen Faschismus, Neofaschismus und ähnliche Ausprägungen.

Nationale und internationale zivilgesellschaftliche Organisationen – darunter Amnesty International – und auch Mechanismen des internationalen Menschenrechtsschutzes wie die Staatsanwaltschaft des Internationalen Strafgerichtshofs haben Folgendes dokumentiert und angeprangert: Verfolgung aus politischen Gründen, kurzfristiges politisch motiviertes Verschwindenlassen und willkürliche Inhaftierungen, Missbrauch des Strafrechts aus politischen Gründen, fehlende richterliche Garantien und die Anwendung von Folter und anderen Misshandlungen während der Haft als Teil einer Repressionspolitik, die je nach politischer Stimmungslage in ihrer Intensität und ihren Praktiken wechseln.

Solche willkürlichen Inhaftierungen und andere völkerrechtliche Verbrechen waren Teil eines weitverbreiteten und systematischen Angriffs auf die Zivilbevölkerung, vornehmlich aus politischen Gründen, weswegen mittlerweile Einigkeit darüber herrscht, dass diese Taten Verbrechen gegen die Menschlichkeit darstellen könnten.

Nach internationalem Strafrecht und den internationalen Menschenrechtsabkommen sind diese Verbrechen nicht gerechtfertigt und Personen, die sie begehen, müssen vor einem kompetenten und unparteiischen Gericht unter Anwendung rechtsstaatlicher Garantien zur Rechenschaft gezogen werden.

In diesem Zusammenhang fordert Amnesty International:

### **AN DIE INTERNATIONALE GEMEINSCHAFT**

1. Fordern Sie die Regierung von Nicolás Maduro auf, willkürliche Inhaftierungen und die Unterdrückung der Bevölkerung unverzüglich zu unterlassen, ebenso wie die sofortige und bedingungslose Freilassung aller aus politischen Motiven willkürlich inhaftierten Personen in Venezuela zu veranlassen, darunter **Emirlendris Benítez, María Auxiliadora Delgado, Juan Carlos Marrufo, Robert Franco, Darío Estrada, Javier Tarazona, Rocío San Miguel und die Mitglieder von 'Vente Venezuela': Guillermo López, Luis Camacaro, Juan Freites, Emill Brandt Ulloa, Dignora Hernández und Henry Alvarez.**

2. Fordern Sie, dass die Regierung von Nicolás Maduro folgenden Menschen garantiert, sie nicht zu verhaften und ihnen stattdessen Schutz gewährt: **Joe Villamizar, Pedro Urruchurtu, Omar González, Humberto Villalobos, Claudia Macero, Fernando Martínez Mótola und Magallí Meda.**

3. Fordern Sie die Regierung dazu auf, die Maßnahmen der internationalen und unabhängigen Ermittlungsmission (Fact Finding Mission), erstellt vom Menschenrechtsrat (MIIDH), zu Venezuela weiterhin zu unterstützen und ihnen die Einreise in das Land zu gestatten, um ihr Mandat wahrzunehmen;

4. Fordern Sie die Regierung von Nicolás Maduro auf, eine Einladung im Rahmen von Sonderverfahren der Vereinten Nationen für Besuche in Venezuela auszusprechen und/oder die an sie gerichteten Anfragen anzunehmen;

5. Bleiben Sie wachsam, bringen Sie Ihre Besorgnis zum Ausdruck, einschließlich der Besorgnis vor Gesetzesentwürfen, die den bürgerlichen Raum unangemessen einschränken und das Recht auf Verteidigung der Menschenrechte, das Recht auf Vereinigung und die Meinungsfreiheit beschränken, und demonstrieren Sie Ihre Unterstützung für Organisationen der Zivilgesellschaft Venezuelas.

## **AN DIE REGIERUNG VON NICOLÁS MADURO**

1. Lassen Sie Personen, die aus politischen Gründen willkürlich inhaftiert wurden, bedingungslos und unverzüglich frei, darunter Menschenrechtsverteidiger\*innen wie Rocío San Miguel und Javier Tarazona;

2. Beenden Sie sofort die Politik der Unterdrückung gegen Menschen, die als politische Gegner\*innen gelten oder die kritische Ansichten über Ihre Regierung äußern und unterlassen Sie neue willkürliche Verhaftungen, gewaltsames Verschwindenlassen oder Folterungen und andere grausame, unmenschliche oder erniedrigende Behandlungen oder Strafen;

3. Ziehen Sie aktuelle Gesetzesvorhaben zurück, die den Schutz der Menschenrechte beeinträchtigen, einschließlich die Vereinigungs- und Meinungsfreiheit, wie etwa den Gesetzesentwurf gegen Faschismus, Neofaschismus und ähnliche Ausprägungen und den Entwurf für das Gesetz über die Aufsicht, Regulierung, Durchführung und Finanzierung der Nichtregierungsorganisationen und ihnen verwandter Organisationen und dem Gesetzesentwurf zur Regelung internationaler Kooperationen;

4. Arbeiten Sie mit internationalen Kontroll- und Rechenschaftsmechanismen zusammen, einschließlich der Fact Finding Mission (MIIDH) und kooperieren Sie in den Sonderverfahren des Menschenrechtsrats der Vereinten Nationen, wie der Arbeitsgruppe für willkürliche Inhaftierungen und arbeiten Sie mit dem Sonderberichterstatter über die Situation von Menschenrechtsverteidiger\*innen zusammen und akzeptieren Sie die Prüfung und technische Beratung des Büros des Hohen Kommissars der Vereinten Nationen für Menschenrechte (OHCHR), einschließlich seiner tatsächlichen Präsenz im Land und garantieren Sie den Schutz der Mitarbeiter\*innen.

Zur weiteren Erläuterung enthält das Original 22 Fußnoten!

Übersetzt von der Chile/Venezuela Koordinationsgruppe - verbindlich ist das Original:

<https://www.amnesty.org/es/documents/amr53/7949/2024/es/>